

WAHL-O-MAT REFORMIEREN POLARISIERUNG VERMEIDEN DIFFERENZIERUNG ERMÖGLICHEN ERGEBNISSE TRANSPARENT MACHEN

BESCHLUSS DES MIT-BUNDESVORSTANDS, 08. JULI 2024

Seit 2002 wird der Wahl-O-Mat von der Bundeszentrale für politische Bildung angeboten. Bei diesem rein digitalen Angebot werden den Nutzern eine Anzahl von politischen Thesen angezeigt, die mit „stimme zu“, „neutral“ oder „stimme nicht zu“ bewertet und gesichtet werden können. Laut der Bundeszentrale soll der Wahl-O-Mat keine Wahlempfehlung geben, sondern ein Informationsangebot über Wahlen und Politik sein.

Der Wahl-O-Mat ist inzwischen für viele Menschen eine wichtige Orientierungshilfe für ihre Wahlentscheidung. Bei der Entscheidung, bei welcher Partei das Kreuz gemacht werden soll, lassen sich viele vom Wahl-O-Mat unterstützen.

Im Vorfeld der diesjährigen Europawahl waren es nahezu 15 Millionen Nutzer (Quelle: Antwort des Bundesministeriums des Innern vom 28. Juni 2024 auf eine schriftliche Frage von Gitta Connemann MdB). Der Wahl-O-Mat ist ein wichtiges Element der politischen Bildung - mit wachsender Tendenz.

Denn die Parteienlandschaft wird immer diverser. Neue Parteien werden gegründet und das zum Teil mit nur kurzen zeitlichen Vorläufen. Diese könnten aus dem Stand heraus für koalitionsentscheidende Mehrheiten zur Verfügung stehen. Umso wichtiger sind belastbare Informationsangebote. Damit fällt dem Wahl-O-Mat zukünftig eine noch größere Bedeutung als bisher zu.

Umso wichtiger wird und ist es, dass die Auswahl der Fragen und deren Gewichtung sowie die Einordnung der Antworten objektiv und ohne politische Einflussnahme erfolgen und die Ersteller keine eigenen politischen Schwerpunkte setzen. Dazu müssen die Fragen im Vordergrund stehen, die die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bewegen, aktuelle Sorgen angemessen berücksichtigen und breit diskutierte politische Aspekte darstellen. Dabei sollten die Fragen so konkret sein, dass Parteien hier auch eine eindeutige Antwort geben können.

Dies waren laut Infratest dimap für die Europawahl Friedenssicherung, Soziale Sicherheit, Zuwanderung, Klima- und Umweltschutz sowie Wirtschaftswachstum. Laut der Forschungsgruppe Wahlen fanden 2019 noch 73%, dass es Deutschland im Vergleich zu seinen westeuropäischen Nachbarn besser gehe. 5 Jahre später stimmten dieser Aussage nur noch 34% zu. Nur 12% empfanden die allgemeine wirtschaftliche Lage Deutschlands im Jahr 2024 als gut (59% in 2019). Diese Dimension findet dennoch kaum Berücksichtigung in der Auswahl der Fragen des Wahl-O-Mats.

Dies führt zu durchaus breiter Kritik. So äußern sich Nutzer in den sozialen Medien, aber auch an Informationsständen und bei politisch-gesellschaftlichen Veranstaltungen, dass ihnen wichtige Themen fehlen. Denn die Auswahl lässt Themen außen vor, die Bürgern am Herzen liegen - weil sich die Positionen der Parteien hierbei nicht deutlich unterscheiden.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion fordert:

1. Ergebnisse veröffentlichen und Transparenz schaffen

Der Wahl-O-Mat wird mit Steuermitteln finanziert. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, kurzum die Öffentlichkeit, haben im Gegenzug das Recht auf Transparenz. Dazu gehört, umfassend über Ergebnisse informiert zu werden. Dafür sind zukünftig alle Daten und Ergebnisse des Wahl-O-Mat als Datensatz anonymisiert zu veröffentlichen. Dies muss die Gewichtung der Fragen einschließen, die wichtige Aufschlüsse über die Priorität einzelner Themen aufzeigt.

Nur mittels dieser Transparenz können Schwerpunktsetzung von Fragen im Vorhinein erkannt, eine stärkere Differenzierung ermöglicht und Tendenzen vermieden werden.

Der Vergleich von Wahlempfehlungen des Wahl-O-Mat und tatsächlichen Wahlergebnisses kann wichtige Aufschlüsse für die Weiterentwicklung dieses Formats weitergeben.

2. Nischen- und Spezialthemen vom Fragebogen ausschließen und Polarisierung verhindern

Die Berücksichtigung von singulären Fragen können eine hohe Übereinstimmung mit Parteien suggerieren, mit denen der Nutzer in fundamentalen Themen aber tatsächlich nicht übereinstimmt. Deshalb sollte sich der Wahl-O-Mat auf zentrale Fragen fokussieren, die für die jeweiligen Wahlen relevant sind. Dazu gehören für Landtagswahlen eine breite Abdeckung von ureigenen Landesthemen wie Bildung, Wissenschaft, kommunale Finanzen etc. Für Bundestagswahlen sind nationale Themen abzubilden. Die Umfrage sollte sich in für die Wahl relevante „große“ Themenfelder mit proportional mehr Fragen und einem Block weiterer Fragen aus sekundären Themengebieten gliedern. Je großem Themenblock sind dem Nutzer ausführliche Hintergrundinformationen bereitzustellen. Die gezielte Aufnahme polarisierender Themen, die vor allem die Unterschiede statt der Gemeinsamkeiten zwischen Parteien in den Vordergrund stellt, ist zu vermeiden.

Warum gab es im Wahl-O-Mat zur Europawahl bspw. Fragen zum Geschlechtereintrag im Pass und Schwangerschaftsabbrüchen, aber keine zum Binnenmarkt – dem Herzstück der europäischen Idee – oder der Kapitalmarktunion? Warum gab es keine Fragen zu den für

die EU wichtigen Handelsabkommen, bspw. mit den MERCOSUR-Staaten, aber zu einem europäischen ÖRR?

3. Marktwirtschaftliche Prinzipien respektieren und nicht durch Thesen aufstellung infrage stellen

Der Fragenkatalog zur Europawahl stand zum Teil im Widerspruch zu den in der EU festgelegten Instrumenten. So suggerierte die These „In der EU sollen Unternehmen mehr für den Ausstoß von CO₂ zahlen müssen“, dass die EU den CO₂-Preis festlegen würde. Allerdings legt der Markt diesen im Rahmen des Europäischen Emissionshandels (EU ETS) fest. Darüber hinaus gilt dieser nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Privatpersonen.

4. Differenzierte Antworten zulassen

„Die vorgegebenen Antworten mit „stimme zu“, „neutral“ oder „stimme nicht zu“ stehen im Widerspruch zu der durch Parteineugründungen noch mehr ausdifferenzierten Parteienlandschaft. Der Idee folgend, den Wahl-O-Mat nicht mit Frage-Antwort-Möglichkeiten zu überfrachten, müssen die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten dennoch ausdifferenziertere Wertungen als bisher zulassen, um Manipulationen auszuschließen, die bei den bisherigen drei Antwortmöglichkeiten den politischen Parteien auch ermöglichen, tendenziell das Ergebnis beim Nutzer des Wahl-O-Mat zu beeinflussen.“

5. Unabhängige Kontrolle sicherstellen

Die von den Parteien eingereichten Antworten müssen von unabhängigen Experten gesichtet und anhand der Wahl- und Parteiprogramme validiert werden, um manipulative Ergebnisse durch z.B. eine relativierende Wortwahl zu vermeiden.

6. Prävention vor Extremismus jeglicher Art durch direkte Aufklärung

Das zu den jeweiligen Wahlen zugelassene Parteien mit gänzlich oder in Teilen extremistischen Positionen nicht von der Auflistung im Wahl-O-Mat ausgeschlossen werden können, ist rechtlich nachvollziehbar.

Bereits heute wird jedoch richtigerweise darauf im Profil der Partei hingewiesen. Dennoch ist fraglich wie viele Nutzer des Informationsangebots nach Anzeigen des Ergebnisses sich im Detail mit dem Gesamthalt der jeweiligen Partei auseinandersetzen.

Daher muss bei Präsentation des Ergebnisses ein unübersehbarer Hinweis angezeigt werden, sollten nachweisliche Bedenken vorliegen, dass es sich um Gruppierungen mit rechts-, links- oder religiös- extremistischen Leitbild handelt, die nicht vollständig hinter unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.

Dies steht im Einklang mit der Mission „Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern“ der Bundeszentrale für politische Bildung.